
Frauen in politischen Positionen

EIN BEITRAG ZUR ERMUTIGUNG



EINE VIEL ZU KURZE GESCHICHTE VON FRAUEN IN POLITISCHEN POSITIONEN

- Österreichisches Vereinsgesetz von 1867 "Ausländer, Frauenpersonen und Minderjährige" durften sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nicht in politischen Vereinen organisieren.
- Erst 1918 erhielten die Frauen in Österreich das Wahlrecht, das ist jetzt gut 100 Jahre her.
- 1979 wurden von Bundeskanzler Kreisky vier Staatssekretärinnen ernannt.
- 1985 gab Johanna Dohnal in ihrer Funktion als "Staatssekretär für allgemeine Frauenfragen,, den ersten Frauenbericht in Auftrag.
- Die Struktur des politischen Systems erschwert die Teilnahme von Frauen und nicht das Desinteresse der Frauen

FRAUENQUOTEN IN DER POLITIK

- 1985 setzte die Frauenorganisation der SPÖ als die erste österreichische Partei eine Quotenregelung von 25 Prozent für alle gewählten Funktionen durch.
- Acht Jahre später (1993) wurde diese Frauenquote auf 40 % erhöht.
- Die Grünen haben seit 1989 eine Quote von "zumindest 50 % Frauen" verankert.
- Die ÖVP bekennt sich auf dem Papier seit 1995 zu einer Frauenquote von 33 % bei öffentlichen Mandaten.
- Die FPÖ hat bis heute keine Quotenregelung eingeführt.
- Die gläserne Decke für Frauen in der Politik liegt bei ungefähr einem Drittelanteil.

FRAUEN AUF POLITISCHEN LISTEN

- Bei der EU-Wahl im Mai 2019 standen mit Ausnahme der NEOS (Claudia Gamon) und der KPÖ (Katerina Anastasiou) bei allen Listen Frauen erst an zweiter Stelle.
- Bei der Nationalratswahl 2019 gab es vier Spitzenkandidaten und zwei Spitzenkandidatinnen (Pamela Rendi-Wagner - SPÖ, Beate Meinl-Reisinger - NEOS).
- Landtagswahlen in Vorarlberg im Oktober 2019 standen vier Männer und eine Frau (NEOS).
- Von den 2.096 Bürgermeister/innen in Österreich nur 176 Frauen sind, das entspricht 8,4 %

DIE STRUKTUR DES POLITISCHEN SYSTEMS ALS ERSCHWERUNGSGRUND

- Wie wird Politik auf Gemeindeebene von den Teilnehmerinnen wahrgenommen?
- Ist die Gemeindevertretung wirklich eine Vertretung aller Personen und Gruppen in der Gemeinde? Gibt es Personengruppen, die nicht vertreten sind?
- Was sind Stolpersteine und Hindernisse für Frauen, sich in die Politik zu wagen?
- Informationsstand der Frauen zum politischen Geschehen in der Gemeinde.
- Was müsste sich ändern, damit Frauen die Gemeindepolitik mitgestalten?
- Was wären Anreize für eine politische Tätigkeit in der Gemeindevertretung?

WAHRNEHMUNG DER POLITIK AUF GEMEINDEEBENE

- (In-)Transparenz der Gemeindepolitik: Kommunikation gemeindepolitischer Inhalte
- Bürgernahe Gemeindepolitik bedeutet, vielfältige und niederschwellige Kommunikationsmöglichkeiten mit Gemeindepolitiker*innen und Bürgermeister*innen.
- Der komplexe und langwierige Arbeitsmodus innerhalb der Gemeindepolitik.
- Kritische Wahrnehmung der Zusammensetzung der Gemeindevertretungen (exklusive und männlich dominierte Gruppen).
- Ländliche Gebiete: Wunsch nach Abschaffung der „Sippendominanz“ in der Gemeindepolitik
- Erfahrungen des Ausgebremst- und Verhindert-Werdens von politisch ambitionierten und interessierten Frauen.
- Frauen sollen sich nicht an öffentlichen politischen Diskussionen beteiligen – keine Fragen stellen
- Unterstützung durch Familie und Verwandte wird in Frage gestellt.

WER WIRD REPRÄSENTIERT?

- Das Gefühl, persönlich vertreten zu werden, hängt davon ab, ob ein direkter Kontakt zu Gemeindevertreter*innen oder zur Bürgermeister*in besteht bzw. möglich ist.
- Der Wunsch nach Vertretung steht häufig in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den eigenen Lebensumständen: Kinderbetreuung, Ausbau von Infrastruktur, Begegnungsräume.
- Die Berücksichtigung der jeweiligen Bedürfnisse einzelner Bevölkerungsgruppen ist von ihrer Präsenz in der Gemeindevertretung abhängig.
- Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Senior*innen und Jugendliche sind häufig nicht entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung repräsentiert.

INFORMATIONSTAND ZU GEMEINDEPOLITISCHEN TÄTIGKEITEN

- Das Wissen über gemeindepolitische Entscheidungsprozesse, konkret: Ergebnisse von Ausschüssen und Gemeindevertretungssitzungen, ist in jenen Gemeinden groß, in welchen die Bevölkerung Aufklärung beispielsweise durch das Gemeindeblatt, die Website der Gemeinde und soziale Medien erhält.
- Es besteht der konkrete Wunsch nach einer Bedarfserhebung und vor allem einer stärkeren Einbindung der gesamten Bevölkerung bei der Themenfindung von gemeindepolitischen Entwicklungsprozessen.
- Die Installierung einer Plattform für Frauen, auf der sie sich zur politischen Meinungsbildung austauschen können.

ERSCHWERNISSE UND STOLPERSTEINE

- Gemeindepolitik wird als Männerdomäne wahrgenommen, und die Frauen fühlen sich in der Gemeindepolitik nicht erwünscht.
- Politisch aktive Frauen stehen unter sozialem Druck.
- Eine Parteilinie vertreten
- Handeln statt lange diskutieren
- Unvereinbarkeit von Familienarbeit und Politik
- Mangelndes Selbstvertrauen
- Zivilgesellschaftliches Engagement statt politischer Arbeit
- Solidarität unter Frauen

WAS KÖNNEN WIR TUN?

- Erfahren von Selbstermächtigung (Empowerment) und Selbstwirksamkeit.
- Mobilisierung von Frauen in persönlichen Gesprächen.
- Frauen auf wählbare Listenplätze setzen, damit ihr Einzug in die Gemeindevertretung auch gesichert ist.
- Transparente Kommunikation und aktive Kontaktaufnahme mit Frauen.
- Verstärkte Kommunikation mit Politiker*innen.
- Kinderbetreuungsmöglichkeit während der Sitzungszeiten.
- Die Mitarbeit von Frauen in „prestigeträchtigen“ Ausschüssen.
- Kommunale Zukunftsthemen sind mehrheitlich „weibliche“ Themen: Kinderbetreuung, Pflege, gesunde Ernährung, Umwelt- und Klimaschutz.
- Ermutigung zu politischer Arbeit durch die Familie beziehungsweise das private Umfeld.

WAS SAGT DIE POLITIKWISSENSCHAFTLICHE GENDERFORSCHUNG?

- Nicht der *Einstieg* in die Politik, sondern der *Aufstieg* im politischen System ist der kritische Punkt für Frauen ist.
- Die Politkarriere von Frauen scheitert hauptsächlich an den Strukturen und Kulturen von Parteien oder Wählergruppen.
- „Innerparteiliche Führungszirkel gelten als die *Gatekeeper*, in deren Händen es liegt, Frauen Aufstiegschancen zu eröffnen oder vorzuenthalten.“
- Die gängigen Spielregeln von Politik dafür, wem Durchsetzung gelingt und wem nicht – im Kern Überzeugungskraft, Mehrheitsbeschaffung und Omnipräsenz – unterliegen einem *Gender Bias*.

WIE KÖNNEN WIR GEGENSTEUERN?

- Ein österreichisches Gute-Praxis-Beispiel ist das **Frauennetzwerk Vorarlberg**; es setzt sich seit rund 20 Jahren für Frauen in politischen Positionen ein.
- **Helene Weber Kolleg** (HWK) mit seinem Ziel „Mehr Frauen in die Parlamente!“.
- Die **Strukturen und gesellschaftlichen Rollenerwartungen** an Frauen und Männer offen legen und offen ansprechen.



**VIELEN DANK UND ICH FREUE MICH AUF DEN
AUSTAUSCH!**